

Geszentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. April 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Autobahnzusammenschluß und den Bau einer Grenzbrücke über die Mosel im Raum Perl und Schengen

A. Zielsetzung

Bau einer grenzüberschreitenden Autobahnbrücke über die Mosel im Raum Perl und Schengen für den Zusammenschluß der Bundesautobahn A 8 von Saarbrücken in Richtung Westen mit der luxemburgischen Autobahn A 13 vom Autobahnkreuz Dudelange in Richtung Osten.

B. Lösung

Das am 18. April 1994 unterzeichnete Abkommen trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Abkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Straßenbauwerks (Straßenbrücke im Zuge einer Bundesfernstraße) wird nach Kostenstand 1995 auf ca. 26 Millionen

Fristablauf: 23. 06. 95

DM geschätzt; er wird vom Bund als Baulasträger aus den Mitteln des Straßenbauplans getragen. Soweit die Verwaltungskosten nicht von dem Großherzogtum Luxemburg getragen werden, trägt sie das Saarland im Rahmen der Auftragsverwaltung (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes). Im übrigen werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

**Gesetzentwurf
der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 18. April 1994
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Großherzogtum Luxemburg
über den Autobahnzusammenschluß und den Bau
einer Grenzbrücke über die Mosel im Raum Perl und Schengen**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 900 01 – De 36/95

Bonn, den 12. Mai 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. April 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Autobahnzusammenschluß und den Bau einer Grenzbrücke über die Mosel im Raum Perl und Schengen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Dr. Helmut Kohl

269/95

Entwurf
Gesetz
zu dem Abkommen vom 18. April 1994
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Großherzogtum Luxemburg
über den Autobahnzusammenschluß und den Bau
einer Grenzbrücke über die Mosel im Raum Perl und Schengen

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 18. April 1994 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Autobahnzusammenschluß und den Bau einer Grenzbrücke über die Mosel im Raum Perl und Schengen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Bis zum Zeitpunkt der Abnahme der Grenzbrücke gilt die Baustelle für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuerrechts auf die in Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze und Warenbewegungen als luxemburgisches Hoheitsgebiet. Sie ist insoweit nicht als Inland und Steuergebiet anzusehen.

(2) Ab dem Zeitpunkt der Abnahme der Grenzbrücke gilt die Grenzbrücke für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuerrechts auf die in Artikel 9 Abs. 2 des Abkommens bezeichneten Umsätze und Warenbewegungen als deutsches Hoheitsgebiet. Sie ist insoweit als Inland und Steuergebiet anzusehen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern und Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Nach Artikel 9 Abs. 1 des Abkommens gilt die Baustelle bis zur Abnahme der Grenzbrücke hinsichtlich der indirekten Steuern als luxemburgisches Hoheitsgebiet. Artikel 2 Abs. 1 des Vertragsgesetzes stellt klar, daß die Baustelle bis zu diesem Zeitpunkt für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuerrechts nicht als Inland und Steuergebiet gilt.

Nach Artikel 9 Abs. 2 des Abkommens gilt die Grenzbrücke nach ihrer Abnahme hinsichtlich der indirekten Steuern als deutsches Hoheitsgebiet. Artikel 2 Abs. 2 des Vertragsgesetzes stellt klar, daß die Grenzbrücke ab diesem Zeitpunkt für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuerrechts als Inland und Steuergebiet gilt.

Diese Regelungen tragen dem Umstand Rechnung, daß das Großherzogtum Luxemburg nach Artikel 2 des Abkommens die Planung und Bauausführung, die Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 5 des Abkommens aber die Erhaltung der Grenzbrücke übernimmt. Gleichzeitig wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung und Erhaltung erleichtert.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen auch seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Straßenbauwerks (Straßenbrücke im Zuge einer Bundesfernstraße) wird nach Kostenstand 1995 auf ca. 26 Millionen DM geschätzt; er wird vom Bund als Bauasträger aus den Mitteln des Straßenbauplans getragen. Soweit die Verwaltungskosten nicht von dem Großherzogtum Luxemburg getragen werden, trägt sie das Saarland im Rahmen der Auftragsverwaltung (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes).

Im übrigen werden Bund, Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

Im Wirtschaftsbereich sind in Einzelfällen auf regionaler Ebene geringfügige Preisanhebungen nicht völlig auszuschließen, sie lassen sich im voraus jedoch nicht quantifizieren. Bei der für Straßenbauwerke hier relativ geringen Auftragssumme von ca. 45 Millionen DM (geschätzt nach Kostenstand 1995) und angesichts des Gesamtumsatzvolumens im Marktsegment Baustoffe und Bauleistungen sind überregionale gesamtwirtschaftliche Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, durch die Nachfrage nach den hier vornehmlich benötigten Gütern Beton, Betonstahl sowie Spannstahl nicht zu erwarten.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Großherzogtum Luxemburg
über den Autobahnzusammenschluß und den Bau einer Grenzbrücke
über die Mosel im Raum Perl und Schengen

Convention
entre la République fédérale d'Allemagne
et le Grand-Duché de Luxembourg
concernant la jonction des autoroutes et la construction d'un pont frontalier
sur la Moselle dans la région de Perl et de Schengen

Die Bundesrepublik Deutschland
 und
 das Großherzogtum Luxemburg –

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die deutsche Autobahn A 8 von Saarbrücken in Richtung Westen und die luxemburgische Autobahn A 13 vom Autobahnkreuz Dudelange in Richtung Osten werden nördlich von Perl und Schengen zusammengeschlossen.

(2) Zu diesem Zweck wird im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet des Großherzogtums Luxemburg eine grenzüberschreitende Autobahnbrücke über die Mosel bei Flußkilometer 241,1 im folgenden als „Grenzbrücke“ bezeichnet, errichtet.

(3) Die Vertragsstaaten streben an, die in Absatz 1 genannten Autobahnstrecken und die Grenzbrücke im Jahr 1999 fertigzustellen.

Artikel 2

Planung und Bauausführung

(1) Das Großherzogtum Luxemburg übernimmt die

- a) Vermessung,
 - b) Planung,
 - c) Ausschreibung,
 - d) Auftragsvergabe,
 - e) Prüfung der Ausführungsunterlagen,
 - f) Bauausführung,
 - g) Bauüberwachung,
 - h) Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistungen
- für die Grenzbrücke jeweils nach Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesrepublik Deutschland.

(2) Die Grenzbrücke wird nach den im Großherzogtum Luxemburg geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant

La République fédérale d'Allemagne
 et
 le Grand-Duché de Luxembourg,

désireux de faciliter la circulation routière entre les deux Etats ainsi que la circulation de transit à travers leurs territoires respectifs,

sont convenus de ce qui suit:

Article 1*

Objet de la Convention

(1) La jonction de l'autoroute allemande A 8 de Saarbrücken en direction de l'ouest et de l'autoroute luxembourgeoise A 13 de l'échangeur Dudelange en direction de l'est sera réalisée au nord de Perl et de Schengen.

(2) A ces fins il sera procédé, sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg, à la construction d'un pont autoroutier transfrontalier sur la Moselle, au kilomètre fluvial 241,1 ci-après dénommé «pont frontalier».

(3) Les Etats contractants tendent à terminer la construction des tracés autoroutiers mentionnés à l'alinéa (1) et le pont frontalier en l'an 1999.

Article 2

Etude et exécution des travaux

(1) Le Grand-Duché de Luxembourg se charge:

- a) des travaux de géodésie,
 - b) de l'étude du projet,
 - c) de la mise en adjudication,
 - d) de la passation du marché,
 - e) du contrôle des documents d'exécution du marché,
 - f) de l'exécution,
 - g) de la surveillance des travaux,
 - h) du contrôle du décompte des prestations contractuelles
- concernant le pont frontalier, chaque fois en accord avec la République fédérale d'Allemagne.

(2) Le pont frontalier sera étudié et exécuté d'après les normes et réglementations des travaux de construction en vigueur au

und ausgeführt. Für einzelne Bauteile können die Vertragsstaaten die Anwendung deutscher Vorschriften vereinbaren.

(3) Die in Artikel 1 Absatz 1 genannten Autobahnstrecken werden im deutschen und im luxemburgischen Hoheitsgebiet nach den im jeweiligen Staat geltenden Normen und Vorschriften des Bauwesens geplant, ausgeführt und abgenommen.

Artikel 3

Grunderwerb

Jeder Vertragsstaat sorgt dafür, daß in seinem Hoheitsgebiet die für den Bau der Grenzbrücke dauernd oder zeitweilig erforderlichen Grundstücke rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Artikel 4

Abnahme

Nach Abschluß der Bauarbeiten wird die Grenzbrücke von den zuständigen Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten nach dem bei öffentlichen Bauaufträgen angewendeten luxemburgischen Recht in Anwesenheit der Unternehmer gemeinsam abgenommen.

Artikel 5

Erhaltung

(1) Nach Abnahme übernimmt die Bundesrepublik Deutschland die Erhaltung der Grenzbrücke.

(2) Die Erhaltung umfaßt alle Arbeiten, die zur Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke sowie zur Reinigung und zum Winterdienst erforderlich sind.

(3) Die Erhaltungsmaßnahmen erfolgen nach deutschem Recht. Die Grenze für die Erhaltungsmaßnahmen ist das Ende der Grenzbrücke einschließlich des Widerlagers auf luxemburgischer Seite.

(4) Die Erhaltung der der Grenzbrücke zugehörigen Anlagen (Rampen, Uferbefestigungen, Zufahrten sowie Entwässerungs- und Beleuchtungsanlagen) obliegt jedem Vertragsstaat in seinem Hoheitsgebiet.

(5) Die Überwachung und Prüfung der Grenzbrücke übernimmt die Bundesrepublik Deutschland nach deutschen Vorschriften.

Artikel 6

Kosten

(1) Die Vertragsstaaten tragen die Kosten des Brückenbauwerks und die diesbezüglichen Verwaltungskosten anteilmäßig. Die Kostenanteile für die Brücken-Überbauten berechnen sich nach dem Verhältnis der Längen der Brückenteile in dem jeweiligen alleinigen Hoheitsgebiet zuzüglich der Hälfte der Länge der Brücke im gemeinschaftlichen Hoheitsgebiet. Die Kosten der Widerlager und Pfeiler trägt jeder Vertragsstaat, soweit sich diese in seinem Hoheitsgebiet befinden. Bei der Kostenaufteilung werden die Verwaltungskosten mit zehn vom Hundert der Baukosten in Rechnung gestellt.

(2) Bei der Aufteilung der Bau- und Verwaltungskosten nach Absatz 1 ist die in den Kosten enthaltene luxemburgische Mehrwertsteuer nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein vom Großherzogtum Luxemburg getragen.

(3) Die Kosten der Erhaltung der Grenzbrücke werden entsprechend den Grundsätzen des Absatzes 1 aufgeteilt. Bei der Aufteilung dieser Kosten ist die darin enthaltene deutsche Umsatzsteuer nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Bundesrepublik Deutschland getragen.

Grand-Duché de Luxembourg. Les Etats contractants peuvent convenir de l'application de prescriptions allemandes pour des parties isolées des travaux.

(3) Les tracés autoroutiers mentionnés à l'article 1^{er} alinéa (1) seront étudiés, exécutés et réceptionnés sur les territoires allemand et luxembourgeois d'après les normes et réglementations des travaux de construction en vigueur dans les Etats respectifs.

Article 3

Acquisition de terrains

Chaque Etat contractant veille à ce que les terrains situés sur son territoire et nécessaires à la construction du pont frontalier à titre définitif ou temporaire soient disponibles en temps voulu.

Article 4

Réception

Après l'achèvement des travaux de construction, la réception du pont frontalier se fait conjointement par les administrations compétentes des deux Etats contractants, en présence des entrepreneurs, d'après le droit luxembourgeois applicable aux marchés publics de travaux.

Article 5

Entretien

(1) Après réception, la République fédérale d'Allemagne se charge de l'entretien du pont frontalier.

(2) Le terme «entretien» comprend tous les travaux qui sont nécessaires pour l'entretien, la remise en état et le renouvellement du pont frontalier ainsi que pour le nettoyage et le service d'hiver.

(3) Les mesures d'entretien se font suivant le droit allemand. La limite des mesures d'entretien est la fin du pont frontalier y inclus la culée du côté luxembourgeois.

(4) L'entretien des annexes faisant partie du pont frontalier (rampes, fortifications des rives, accès ainsi que les installations de drainage et d'éclairage) incombe à chaque Etat contractant sur son territoire.

(5) La République fédérale d'Allemagne se charge de la surveillance et du contrôle du pont frontalier suivant les prescriptions allemandes.

Article 6

Frais

(1) Les frais de la construction du pont et les frais d'administration y relatifs sont répartis proportionnellement entre les Etats contractants. Les quotes-parts des frais de la superstructure du pont se calculent proportionnellement à la longueur des parties du pont se trouvant sur les territoires respectifs sous souveraineté exclusive plus la moitié de la longueur du pont se trouvant sur le territoire sous souveraineté commune. Les frais des culées et piliers sont à charge de chaque Etat contractant dans la mesure où ceux-ci se trouvent sur son territoire. Lors de la répartition des frais, les frais d'administration sont mis en compte à raison de dix pour cent du coût de construction.

(2) Lors de la répartition des frais de construction et d'administration, conformément à l'alinéa (1), la taxe sur la valeur ajoutée luxembourgeoise, comprise dans lesdits frais, n'est pas à prendre en considération. Cette taxe est uniquement à charge du Grand-Duché de Luxembourg.

(3) Les frais d'entretien du pont frontalier sont répartis conformément aux principes de l'alinéa (1). Lors de la répartition de ces frais, la taxe sur le chiffre d'affaires allemande, comprise dans lesdits frais, n'est pas à prendre en considération. Cette taxe est uniquement à charge de la République fédérale d'Allemagne.

Artikel 7 Zahlungen

(1) Die Bundesrepublik Deutschland erstattet dem Großherzogtum Luxemburg den von ihr zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt den Auftragnehmern geleistet werden.

(2) Das Großherzogtum Luxemburg wird der Bundesrepublik Deutschland zwei Monate im voraus den geschätzten Bedarf an Mitteln für die Abschlagszahlungen mitteilen und dabei über den Stand der Ausgaben durch Übersichten unterrichten, in denen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt den Rest ihres Kostenanteils nach Abnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Luxemburger Franken.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten können die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Die Bundesrepublik Deutschland erhält Zweitstücke der Ausführungs- und Bestandspläne, der Bauverträge, Bestellurkunden und festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 8 Betretungsrecht

(1) Die beim Bau oder der Erhaltung der Grenzbrücke beauftragten Beschäftigten jedes Vertragsstaats wie auch alle anderen am Bau oder der Erhaltung beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten dürfen zur Wahrnehmung dieser Aufgabe die Grenze im Bereich der Baustelle für die Grenzbrücke überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen. Angehörige anderer Staaten, die beim Bau oder der Erhaltung der Grenzbrücke beschäftigt sind, dürfen die Grenze im Bereich der Baustelle überschreiten, wenn sie die nach den Bestimmungen der Vertragsstaaten erforderlichen Dokumente und Erlaubnisse mit sich führen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten Personen müssen von beiden Vertragsstaaten anerkannte Dokumente mit sich führen, die zum Übertritt der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und des Großherzogtums Luxemburg berechtigen.

(3) Jeder der Vertragsstaaten wird Personen, die unter Verletzung dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Staats gelangt sind, jederzeit formlos rückübernehmen.

(4) Diese Bestimmungen gelten solange und soweit keine gesonderten Vereinbarungen zwischen den Vertragsstaaten oder den Mitgliedstaaten der Europäischen Union über das Überschreiten der Grenze getroffen werden.

Artikel 9 Steuerliche Bestimmungen

(1) Die Baustelle gilt bis zur Abnahme der Grenzbrücke hinsichtlich der indirekten Steuern als Hoheitsgebiet des Großherzogtums Luxemburg, soweit es sich um Lieferungen und sonstige Leistungen sowie den innergemeinschaftlichen Erwerb und die Einfuhr von Gegenständen handelt, die für den Bau der Grenzbrücke bestimmt sind.

(2) Die Grenzbrücke gilt nach ihrer Abnahme hinsichtlich der indirekten Steuern als Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland, soweit es sich um Lieferungen und sonstige Leistungen sowie den innergemeinschaftlichen Erwerb und die Einfuhr von Gegenständen handelt, die für die Erhaltung der Grenzbrücke bestimmt sind.

(3) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden beider Vertragsstaaten verständigen sich und leisten einander jede notwendige

Article 7 Paiements

(1) La République fédérale d'Allemagne rembourse au Grand-Duché de Luxembourg sa part aux acomptes payés aux adjudicataires au fur et à mesure de l'avancement des travaux.

(2) Le Grand-Duché de Luxembourg communique, deux mois à l'avance, à la République fédérale d'Allemagne le montant des fonds estimés nécessaires pour le paiement des acomptes et l'informe en même temps de l'état des dépenses moyennant des relevés mentionnant le montant et l'échéance des acomptes.

(3) La République fédérale d'Allemagne règle le solde de sa quote-part après réception de l'ouvrage et établissement du décompte.

(4) Tous les paiements se font en francs luxembourgeois.

(5) En cas de divergences, les montants non contestés ne peuvent être retenus.

(6) La République fédérale d'Allemagne reçoit les doubles des plans d'exécution et de situation, des contrats de construction, des bordereaux de commandes ainsi que des décomptes arrêtés.

Article 8 Droit d'accès

(1) Les agents de chaque Etat contractant affectés aux travaux de construction ou d'entretien du pont frontalier ainsi que tous les autres ressortissants des Etats contractants participant à la construction ou à l'entretien peuvent, pour l'exécution de cette tâche, franchir la frontière dans la zone du chantier du pont frontalier et séjourner sur la partie du chantier se trouvant sur le territoire de l'autre Etat contractant, sans pour autant avoir besoin d'une autorisation de séjour. Les ressortissants d'autres Etats, affectés aux travaux de construction ou d'entretien du pont frontalier, peuvent franchir la frontière dans la zone du chantier s'ils sont en possession des documents et autorisations requis d'après les prescriptions des Etats contractants.

(2) Les agents mentionnés à l'alinéa (1), ainsi que les autres personnes mentionnées au même alinéa doivent être en possession de documents reconnus par les deux Etats contractants et autorisant le franchissement de la frontière entre la République fédérale d'Allemagne et le Grand-Duché de Luxembourg.

(3) Chaque Etat contractant reprend à tout moment et sans formalités les personnes qui se sont trouvées sur le territoire de l'autre Etat en violation de la présente Convention.

(4) Ces dispositions sont valables aussi longtemps que des conventions à part entre les Etats contractants ou les Etats membres de l'Union Européenne concernant le franchissement de la frontière ne soient conclues.

Article 9 Dispositions fiscales

(1) Jusqu'à la réception du pont frontalier, le chantier est considéré, en ce qui concerne les impôts indirects, comme territoire du Grand-Duché de Luxembourg, pour autant qu'il s'agit de livraisons de biens et de prestations de services ainsi que d'acquisitions intra-communautaires et d'importations de biens destinés à la construction du pont frontalier.

(2) En ce qui concerne les impôts indirects, le pont frontalier est considéré, à partir de la réception, comme territoire allemand, pour autant qu'il s'agit de livraisons de biens et de prestations de services ainsi que d'acquisitions intra-communautaires et d'importations de biens destinés à l'entretien du pont frontalier.

(3) Dans le cadre des dispositions des alinéas (1) et (2), les autorités fiscales et douanières compétentes des deux Etats

Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 und 2. Die deutschen und luxemburgischen Beamten dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der Baustelle und nach der Abnahme auf der Grenzbrücke aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Absätze 1 und 2 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Im übrigen bleiben die jeweiligen Hoheitsrechte unberührt.

(4) Von diesem Abkommen unberührt bleibt das Abkommen vom 23. August 1958 zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und Grundsteuer in der Fassung des Ergänzungsprotokolls vom 15. Juni 1973 zur Änderung des Abkommens vom 23. August 1958.

Artikel 10 Datenschutz

Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch den Übermittelnden Vertragsstaat vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Der Empfänger unterrichtet den übermittelnden Vertragsstaat auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Der übermittelnde Vertragsstaat ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen; er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Seite nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Seite verursacht worden ist.
- g) Der übermittelnde Vertragsstaat weist bei der Übermittlung auf die nach seinem Recht geltenden Lösungsfristen hin.
- h) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

contractants se concertent et se prêtent mutuellement toute information et assistance nécessaires lors de l'application de leurs prescriptions légales et administratives. Les fonctionnaires allemands et luxembourgeois de ces autorités sont autorisés à séjourner sur le chantier ainsi que sur le pont frontalier après réception et à y prendre les mesures nécessaires, dans le cadre des alinéas (1) et (2), prévues par leurs prescriptions légales et administratives. Pour le reste, il n'est pas porté atteinte aux droits de souveraineté respectifs.

(4) Le présente Convention ne porte pas atteinte à la Convention du 23 août 1958 tendant à éviter les doubles impositions et à établir les règles d'assistance administrative et judiciaire réciproques en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune et en matière d'impôt commercial et d'impôt foncier ainsi qu'au protocole complémentaire du 15 juin 1973 portant modification de la Convention du 23 août 1958.

Article 10 Protection des données

Dans la mesure où des données relatives à une personne sont transmises sur base de la présente Convention et conformément au droit national, les dispositions mentionnées ci-après sont valables en tenant compte des prescriptions légales valables pour chaque Etat contractant:

- a) L'utilisation des données par le destinataire est uniquement autorisée aux fins indiquées et aux conditions prescrites par l'Etat contractant transmettant.
- b) Le destinataire informe, sur demande, l'Etat contractant transmettant sur l'emploi des données transmises et sur les résultats atteints de cette manière.
- c) Les données relatives à des personnes ne peuvent exclusivement être transmises qu'aux instances compétentes. La transmission ultérieure à d'autres instances est seulement permise avec accord préalable de l'instance transmettante.
- d) L'Etat contractant transmettant est obligé de veiller à l'exactitude des données à transmettre ainsi qu'à la nécessité et la proportionnalité en relation avec le but recherché par la transmission. A ces fins les interdictions de transmission prescrites par les droits nationaux respectifs sont à respecter. S'il s'avère que des données fausses ou des données faisant l'objet d'une interdiction de transmission ont été transmises, le destinataire doit en être informé sans retard et est obligé de procéder à la rectification ou à la destruction.
- e) La personne concernée doit, sur demande, être renseignée sur les informations disponibles relatives à sa personne ainsi que sur leur destination prévue. L'obligation de renseignement n'existe pas dans la mesure où une comparaison du pour et du contre montre que l'intérêt public de ne pas donner de renseignement prime l'intérêt de la personne concernée d'obtenir ce renseignement. Pour le reste, le droit de la personne concernée d'obtenir des renseignements sur les données disponibles relatives à sa personne est subordonné au droit national de l'Etat contractant sur le territoire duquel le renseignement est demandé.
- f) Si quelqu'un est lésé de façon illégale à la suite de transmissions dans le cadre de l'échange de données conformément à la présente Convention, la partie destinataire est responsable suivant son droit national. Elle ne peut, dans sa relation avec la personne lésée, invoquer à sa décharge le fait que le dommage a été causé par la partie transmettante.
- g) Lors de la transmission, l'Etat contractant transmettant indique les délais d'effacement en vigueur dans son droit national.
- h) Les Etats contractants sont obligés d'inscrire dans un dossier la transmission et la réception de données relatives à des personnes.

- i) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 11

Gemischte Kommission

(1) Es wird eine deutsch-luxemburgische Gemischte Kommission für den Bau der Grenzbrücke gebildet. Diese besteht aus den beiden Leitern der Delegationen und aus den von jedem Vertragsstaat zu den Sitzungen entsandten Mitgliedern. Die Vertragsstaaten teilen einander den Leiter ihrer Delegation in der Gemischten Kommission mit. Jeder Delegationsleiter kann die Kommission durch Ersuchen an den Leiter der anderen Delegation zu einer Sitzung unter seinem Vorsitz einberufen. Die Sitzung muß auf seinen Wunsch spätestens innerhalb eines Monats nach Zugang dieses Ersuchens stattfinden.

(2) Die Gemischte Kommission hat die Aufgabe, Fragen zu klären, die sich hinsichtlich des Baus der Grenzbrücke ergeben, und den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten, insbesondere zur

- a) Festlegung des Standorts, der Hauptmaße und der Gestaltung der Grenzbrücke,
- b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,
- c) Prüfung des Bauwerksentwurfs und zum Vergabevorschlag,
- d) Einigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,
- e) Abnahme der Grenzbrücke,
- f) Aufteilung der Kosten für den Bau der Grenzbrücke,
- g) Übergabe und Übernahme der Grenzbrücke,
- h) Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Meinungsverschiedenheiten.

(3) Jede Delegation in der Gemischten Kommission kann sich von den zuständigen Verwaltungen des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

(4) Jeder Vertragsstaat kann zu den Sitzungen der Gemischten Kommission Sachverständige einladen.

(5) Die Gemischte Kommission faßt ihre Beschlüsse in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 12

Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen durch die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten gelöst werden. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die Gemischte Kommission um Stellungnahme bitten. Ausnahmsweise kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 13

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 14

Geltungsdauer und Abkommensänderungen

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den Vertragsstaaten geändert, ergänzt oder aufgehoben werden.

- i) Les Etats contractants sont obligés de protéger efficacement les données transmises relatives à des personnes contre l'accès, la modification et la publication non autorisés.

Article 11

Commission mixte

(1) Une Commission mixte germano-luxembourgeoise est instituée pour la construction du pont frontalier. Celle-ci est composée des deux chefs des délégations et des membres délégués aux séances par chaque Etat contractant. Les Etats contractants communiquent l'un à l'autre le chef de leur délégation dans la Commission mixte. Chaque chef de délégation peut convoquer la Commission à une réunion sous sa présidence moyennant requête au chef de l'autre délégation. La réunion doit avoir lieu, sur sa demande, au plus tard endéans un mois après réception de cette requête.

(2) La Commission mixte a pour attribution de clarifier des questions résultant de la construction du pont frontalier et de soumettre aux Etats contractants des recommandations concernant notamment:

- a) la détermination du lieu d'implantation, des dimensions principales et de la structure du pont frontalier,
- b) la détermination de l'envergure des travaux communs,
- c) l'examen du projet de l'ouvrage d'art et de la proposition d'adjudication,
- d) l'accord sur les paiements et les modalités y relatives,
- e) la réception du pont frontalier,
- f) la répartition des frais pour la construction du pont frontalier,
- g) la remise et la prise en charge du pont frontalier,
- h) l'interprétation ou l'application de la Convention en cas de divergences d'opinions.

(3) Chaque délégation de la Commission mixte a le droit de se faire présenter par les administrations compétentes de l'autre Etat contractant les documents qu'elle estime nécessaires pour préparer les décisions de la Commission.

(4) Chaque Etat contractant peut inviter des experts aux séances de la Commission mixte.

(5) La Commission mixte prend ses décisions d'un commun accord.

Article 12

Divergences d'opinions

Les divergences d'opinions relatives à l'interprétation ou à l'application de la présente Convention devraient être résolues par les autorités compétentes des Etats contractants. A cette fin, chaque Etat contractant peut demander à la Commission mixte de prendre position. Exceptionnellement il peut être fait usage de la voie diplomatique.

Article 13

Entrée en vigueur

(1) La présente Convention sera ratifiée; les instruments de ratification seront échangés aussi tôt que possible à Bonn.

(2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit l'échange des instruments de ratification.

Article 14

Durée et modification de la Convention

(1) La présente Convention sera conclue à durée indéterminée. Elle peut être modifiée, complétée ou résiliée d'un commun accord entre les Etats contractants.

(2) Ergeben sich bei der Durchführung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten oder ändern sich die bei seinem Abschluß bestehenden Verhältnisse wesentlich, so werden die Vertragsstaaten auf Wunsch eines Vertragsstaats über eine Neuregelung verhandeln.

(2) En cas de difficultés considérables lors de l'exécution de la Convention ou en cas de changement substantiel des conditions existant au moment de la conclusion, les Etats contractants négocieront, sur demande d'un Etat contractant, sur un renouvellement de la Convention.

Geschehen zu Luxemburg am 18. April 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Fait à Luxembourg, le 18 avril 1994, en deux originaux, chacun en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
Rolf-Eberhard Jung
Matthias Wissmann

Für das Großherzogtum Luxemburg
Pour le Grand-Duché de Luxembourg
Robert Goebbels

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Am 18. April 1994 ist das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Autobahnzusammenschluß und den Bau einer Grenzbrücke über die Mosel im Raum Perl und Schengen in Luxemburg unterzeichnet worden. Durch den Bau der grenzüberschreitenden Autobahnbrücke über die Mosel sollen die Bundesautobahn A 8 von Saarbrücken in Richtung Westen und die luxemburgische Autobahn A 13 vom Autobahnkreuz Dudelange in Richtung Osten nördlich von Perl und Schengen zusammengeschlossen werden. Die Bauarbeiten für die Grenzbrücke sollen 1999 abgeschlossen werden.

II. Besonderes

Artikel 1 regelt den Gegenstand des Abkommens: Bau der Grenzbrücke über die Mosel.

Artikel 2 weist die Ausführung der für den Bau der Grenzbrücke notwendigen Arbeiten dem Großherzogtum Luxemburg zu.

Artikel 3 verpflichtet die Vertragsstaaten zum rechtzeitigen Grunderwerb auf ihrem Hoheitsgebiet.

Artikel 4 sieht die Abnahme der Grenzbrücke durch die zuständigen Verwaltungen der Vertragsstaaten vor; es gilt das bei öffentlichen Bauaufträgen angewendete luxemburgische Recht.

Artikel 5 bestimmt, daß die Bundesrepublik Deutschland nach der Abnahme die Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke sowie den Winterdienst und die Reinigung auf der Grenzbrücke übernimmt.

Artikel 6 teilt die Kosten für den Bau der Grenzbrücke entsprechend dem Verhältnis der Längen der Brückenteile in dem jeweiligen alleinigen Hoheitsgebiet zuzüglich der Hälfte der Länge der Brücke im gemeinschaftlichen Hoheitsgebiet. Die Kosten der Widerlager und Pfeiler trägt jeder Vertragsstaat, soweit sich diese in seinem Hoheitsgebiet befinden. Bei der Aufteilung der Kosten für den Bau der Grenzbrücke bleibt die luxemburgische Mehrwertsteuer unberücksichtigt; diese wird allein vom Großherzogtum

Luxemburg getragen. Entsprechendes gilt bei der Aufteilung der Erhaltungskosten für die Grenzbrücke.

Artikel 7 legt die Erstattung des von der Bundesrepublik Deutschland zu tragenden Anteils der Zahlungen fest, die das Großherzogtum Luxemburg an die Auftragnehmer leistet.

Artikel 8 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die beim Bau oder der Erhaltung der Grenzbrücke Beschäftigten der Vertragsstaaten oder die sonst beteiligten Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie Angehörige anderer Staaten die Grenze überschreiten und sich auf der Baustelle oder der Brücke aufhalten dürfen.

Artikel 9 ordnet die Baustelle bis zur Abnahme der Grenzbrücke und die Grenzbrücke nach ihrer Abnahme jeweils dem Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates zu. Dadurch wird hinsichtlich der indirekten Steuern aus Gründen der Vereinfachung und Zweckmäßigkeit eine einheitliche Behandlung und Abwicklung des grenzüberschreitenden Bauvorhabens sowie der Erhaltungsmaßnahmen ermöglicht.

Artikel 10 stellt sicher, daß der Datenschutz unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften gewährleistet wird, sofern aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden.

Artikel 11 sieht die Bildung einer deutsch-luxemburgischen Gemischten Kommission vor, die beim Bau der Grenzbrücke anfallende bautechnische Fragen einvernehmlich klären und bestimmte nach dem Abkommen notwendige Maßnahmen und Entscheidungen vorbereiten soll.

Artikel 12 regelt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten.

Artikel 13 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens nach Austausch der Ratifikationsurkunden fest.

Artikel 14 regelt die Geltungsdauer und legt fest, wann eine Änderung des Abkommens in Betracht kommen kann.

23.06.95

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. April 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Autobahnzusammenschluß und den Bau einer Grenzbrücke über die Mosel im Raum Perl und Schengen

Der Bundesrat hat in seiner 686. Sitzung am 23. Juni 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.